

Flassbeck, Heiner

Article

Beliebigkeit als Prinzip

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

Provided in Cooperation with:

Edward Elgar Publishing

Suggested Citation: Flassbeck, Heiner (2004) : Beliebigkeit als Prinzip, Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 01, Iss. 1, pp. 37-42,
<https://doi.org/10.4337/ejeep.2004.01.06>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/277014>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Beliebigkeit als Prinzip

*Ein Kommentar von Heiner Flassbeck**

Das sind schon erstaunliche Zeiten. Eine große Beliebigkeit hat in der Wirtschaftspolitik um sich gegriffen. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Beschäftigung sinkt und Unternehmen senken die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter(innen), weil sie nicht genügend Arbeit anbieten können. Die Politik aber diskutiert unverdrossen Arbeitszeitverlängerung als Geheimrezept zur Überwindung der Krise, ohne massiven Widerspruch durch die Mehrheit der »Fachleute« zu ernten. Die Einnahmen der Renten- und Krankenversicherung fallen, weil die Zahl der mit voller sozialer Absicherung Beschäftigten dramatisch sinkt. Die Politik aber diskutiert bei der Rentenversicherung Maßnahmen gegen die Alterung der Gesellschaft, die erst in dreißig Jahren zu erwarten ist und erst dann zu steigenden Ausgaben führen dürfte, ignoriert das heutige Problem aber vollständig. Im Gesundheitssystem werden alle möglichen Maßnahmen erwogen, um eine Kostenexplosion einzudämmen, die es gar nicht gibt, während die akute Einnahmen-Impllosion überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird.

Die »räuberische Globalisierung«¹ wird auch 15 Jahre nach Beginn der berühmten Standortdiskussion noch zum Vorwand genommen, den Sozialstaat zu demontieren, obwohl kein Land der Welt besser mit der Globalisierung zurecht gekommen ist als Deutschland in den 1990er Jahren. Die Exporterfolge sind gerade seit Öffnung der Berliner Mauer spektakulär. Der Titel eines »Exportweltmeisters«, den Deutschland – trotz seiner im globalen Maßstab geringen Wirtschaftskraft – 2002 wieder erringen konnte, sollte die Dimension des Unfugs, der mit der scheinbaren Bedrohung durch die Globalisierung getrieben wird, eigentlich für jeden ersichtlich machen.

Es gibt aber keinen ökonomischen Unsinn, der – unter tosendem Beifall der Fachleute – nicht zur Diskussion gestellt wird. Neben der Wissenschaft sind auch die Medien weitgehend gleichgerichtet und alle paar Wochen wird, immer von den gleichen Zirkeln, eine neue »Initiative« gegründet, die nichts anderes zum Ziel hat, als die ohnehin verbreiteten Vorurteile noch einmal unter Einsatz von viel Geld zu verstärken.

Steuersenkung vom Himmel?

Ein wunderbares Beispiel für die große Beliebigkeit ist die Steuerpolitik. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sollen die Steuern für alle gesenkt werden, aber dafür soll niemand bezahlen. Eine große deutsche Volkspartei beschließt im Herbst 2003 allen Ernstes, für Steuersenkungen zu sein, wenn diese solide finanziert sind. Was das aber bedeutet, sagt sie nicht, weil sie Vorschläge zur Finanzierungsfrage von Seiten der Regierung ab-

* UNCTAD Genf. Heiner Flassbeck vertritt hier seine eigene Meinung. Zur Erläuterung der hier vertretenen Positionen siehe auch: www.flassbeck.de.

1 So drei Bundestagsabgeordnete der SPD am 12.11.2003 in der Süddeutschen Zeitung.

warten will. Wie kann man für eine Steuersenkung sein, ohne zu wissen, wie sie finanziert wird? Die Vorsitzende dieser Partei hat laut einem deutschen Nachrichtensender gar »unterstrichen, dass die Steuern wirklich sinken müssen, es dürfe weder von einer Tasche in die andere gewirtschaftet werden, noch dürften höhere Schulden gemacht werden.«

Ob etwas überhaupt geht, ob es gegen die fundamentalsten Grundsätze der Logik verstößt, ob es alles Erfahrungswissen auf den Kopf stellt, solche Fragen werden im neuen deutschen Reformeifer nicht mehr gestellt, und die Ökonomie als Wissenschaft fordert die Politik auch nicht mehr dazu auf, wenigstens die Grundgesetze der Logik einzuhalten. Wer eine ganz neue Dimension des Wirtschaftens entdeckt, nämlich das Himmels Geschenk, sollte entweder für den Nobelpreis für Ökonomie vorgeschlagen werden oder von der Zunft der Ökonomen für verrückt erklärt werden. Beides aber geschieht nicht.

Selbst bei den etwas seriöseren Kommentaren fragt man sich häufig, ob in diesen Zeiten die fundamentale Logik mit reformiert wird, so dass sie ein altmodischer Mensch nicht mehr verstehen kann. Das geht etwa so: Wenn die Steuersenkung durch Steuererhöhungen an anderer Stelle finanziert wird, ist es ganz schlecht, ist die Wirkung im Zweifel sogar negativ. Schulden machen gilt als Steuererhöhung für die Zukunft und scheidet damit unmittelbar hinter anderen Steuererhöhungen aus. Steht die Streichung von Steuervergünstigungen und von Subventionen dagegen, ist es schon viel besser, weil ja etwas »Negatives« wegfällt. Eindeutig am besten ist es, wenn der Staat gar nicht richtig »gegenfinanziert«, sondern einfach »eisern spart«.

Früher, in den dunklen Zeiten der Nachkriegswirtschaft, gab es eine Disziplin in der Ökonomie, die hieß Finanzwissenschaft. Jeder mittelmäßige Student im dritten Semester dieses Faches hätte durchdeklinieren können, wie abwegig solche Vermutungen sind, weil sie die Nachfrageeffekte der Steuersenkung und ihrer Finanzierung einfach ausblenden oder verzerren. Heute aber beschäftigen sich die Größen dieses Faches mit richtiger Wissenschaft, nämlich mit Gleichgewichtsmodellen, die mindestens bis ins Jahr 2100 reichen. Diese Koryphäen können uns genau sagen, wie sehr in ihrem Modell die siebte Generation nach uns belastet wird, wenn wir heute die Rente nicht um 4 % senken, sondern nur um 2 %. Nur wie die Steuerreform bei unterschiedlicher Finanzierung im nächsten Jahr wirkt, das wissen sie leider nicht mehr.

Dabei ist es ganz einfach: Die Steuersenkung, so wie sie konzipiert ist, entlastet wegen der massiven Senkung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes vor allem höhere Einkommen. Das mag man richtig finden oder nicht, darauf kommt es aber gar nicht an. Entscheidend ist, dass diese Einkommensbezieher eine höhere Sparquote haben als Haushalte mit geringerem Einkommen. Zwischen 0 % bei Arbeitslosen und 25 % bei den höchsten Einkommenskategorien streut diese Quote. Von der Entlastung fließt bei hoher Sparquote also relativ wenig unmittelbar in den Kreislauf der Wirtschaft zurück und damit auf die Konten der Unternehmen.

Will man etwas über die Gesamtwirkung der Maßnahmen sagen, muss man folglich zunächst die Sparquote der entlasteten Haushalte mit derjenigen der belasteten Haushalte vergleichen. Immer belastet ist im ersten Schritt der Staat, weil er das Geld nicht vom Himmel nehmen kann. Der Staat hat bei seinen eigenen Ausgaben eine Sparquote

von Null, weil er bei unveränderter Verschuldung alles, was er einnimmt, wieder ausgibt. Nimmt er sich sozusagen selbst Geld weg, indem er bei öffentlichen Investitionen spart, hat die Steuersenkung per Saldo sicher negative Auswirkungen auf die Gewinne der Unternehmen, weil jetzt ein weit größerer Anteil des Geldes gespart wird und den Unternehmen nur über verzinste Bankkredite zur Verfügung steht. Nimmt der Staat das Geld Haushalten mit geringem Einkommen und geringer Sparquote weg, also z.B. Sozialhilfeempfänger(inne)n oder Arbeitslosen, sinken wiederum die Gewinne der Unternehmen, weil die Nachfrage insgesamt sinkt.

Unklar ist die Wirkung bei den berühmten Subventionen, weil nicht klar ist, was unsere Politiker(innen) damit meinen. Die meisten Subventionen aber sind Zuschüsse des Staates, die zu 100% wieder ausgegeben werden, so dass ihre Kürzung negative gesamtwirtschaftliche Folgen hat. Wohlgemerkt, diese negativen Folgen treten nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen auf, sondern bei all denen, die wirtschaftliche Beziehungen mit den Subventionsempfänger(inne)n haben. Streicht man also Subventionen bei der Landwirtschaft, kaufen die Bauern weniger Traktoren und Autos, so dass die Gewinne der Hersteller dieser Fahrzeuge sinken. Es kommt also nicht darauf an, ob die Subventionen langfristig Gutes oder Böses tun, für die Wirkung der Steuerreform ist entscheidend, wie das Ausgabeverhalten der negativ und positiv Betroffenen ist. Steigt das Einkommen aller Spitzenverdiener(innen) in Deutschland und sinkt das der Transferempfänger(innen) in den unteren Einkommensschichten, ist die Gesamtwirkung eindeutig negativ.

Das Gleiche gilt natürlich bei einer Steuersenkung der Schröder'schen Art, die durch Erhöhungen von Steuern finanziert wird, welche vor allem untere Einkommen belasten, wie etwa die Mehrwertsteuer. Eindeutig positiv sind die Wirkungen des Vorziehens selbst dieser mit geringem Wirkungsgrad versehenen Steuerentlastung nur, wenn sie weitgehend durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert wird, weil dann keine unmittelbaren Entzugseffekte an anderer Stelle auftreten.

Das, werden nun die Koryphäen der Finanzwissenschaft sagen, sind ja nur die kurzfristigen Wirkungen, langfristig ist alles viel komplizierter. Weil wir nachgerade nichts über die lange Frist wissen, ist dieser Einwand natürlich so berechtigt wie langweilig. Der Einwand dient allerdings nur noch der allgemeinen Verwirrung, wenn mit Verweis auf die komplexe lange Frist die kurze Frist nicht einmal mehr diskutiert wird. Mit welcher Berechtigung wird der Politik, die im Dunkeln durch den Wald tappt, eine Lampe, die wenigstens die nächsten drei Schritte erhellen könnte, vorenthalten?

Mit Sparpolitik in die Schuldenfalle²

Inzwischen müssten es auch die sparsamsten Finanzminister begreifen: Sparpolitik führt nicht aus der »Schuldenfalle« heraus, sondern geradewegs in sie hinein. Man kann dem

2 Dieser Abschnitt basiert auf einem Artikel des Autors, der am 21.10.2003 in der Financial Times Deutschland erschienen ist.

deutschen Finanzminister Hans Eichel vieles vorwerfen, aber dass er es nicht versucht hätte, durch massives Gürtel-enger-Schnallen die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen, kann man ihm nicht unterstellen. Kein Finanzminister vor ihm hat mit solcher Rigorosität in Besitzstände eingegriffen, keiner hat die Ministerkollegen derart an die Kandare genommen wie der frühere hessische Ministerpräsident. Die geplanten Ausgaben des Bundes sind in den letzten drei Jahren immer weit hinter dem erwarteten Wachstum der Wirtschaft zurückgeblieben. Auch der beliebte Vorwurf, er habe die guten Jahre nicht zum Sparen genutzt, ist abwegig: 1999 und 2000, als die Konjunktur lief, sind die staatlichen Defizite deutlich zurückgegangen, und Eichel wurde gefeiert.

Was ist schief gelaufen? Wenn es nach den Advokaten des Stabilitätspaktes bei der EU in Brüssel und bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt geht, hätte die Eichel'sche Sparpolitik direkt ins Paradies der staatlichen Schuldenfreiheit geführt und nicht in den Schuldturm. Nach den Vorstellungen, die von maßgeblichen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank landauf, landab verkündet werden, honoriert der (die) Bürger(in) nämlich die staatlichen Sparbemühungen durch eigene Mehrausgaben, gleicht also aus, was der Staat an Sparanstrengungen unternimmt.

Diese modernen Eurokraten berufen sich auf eine uralte Theorie, die dem vor 200 Jahren wirkenden britischen Ökonomen David Ricardo zugeschrieben wird. Danach wissen die Bürger(innen) genau, ob ein Finanzminister Schulden machen will oder solide ist, und passen ihr Verhalten dementsprechend an. Steigen die staatlichen Defizite, weil der Staat das Geld mit den Händen herauswirft, sparen die Bürger(innen) umso mehr, denn sie wissen, dass bald die Steuern steigen werden, und wollen dafür gewappnet sein. Folglich funktioniert das staatliche Geldausgeben nicht, weil das private Sparen die öffentliche Verschwendung ausgleicht.

Was diese Theorie leider nicht erklären kann: Warum geben die Leute kein Geld aus, wenn einer wie Eichel Finanzminister ist, der jeden Cent dreimal herumdreht, und wenn konkrete Steuersenkungen sogar schon unterwegs sind? Warum brechen genau dann die staatlichen Einnahmen weg, als Eichel die Staatsausgaben herunterfährt? Woran halten sich die Menschen in ihren Einschätzungen, wenn nicht an das von Eichel von Anfang an verkündete Ziel, die Neuverschuldung auf Null zu bringen?

Wenn man das alles nicht erklären kann, ist die Theorie vielleicht einfach falsch. In der Tat beruht die Ricardo-Doktrin auf der geradezu lächerlichen Fiktion, die Durchschnittsbürger(innen) wüssten aufgrund eines Blickes auf die heutige Entwicklung der Staatsausgaben einzuschätzen, wie groß ihre Steuerbelastung in 10 oder 20 Jahren sein wird. Mehr noch, man nimmt an, sie könnten aus der zukünftigen Steuerbelastung ableiten, wieviel sie heute konsumieren oder sparen, obwohl sie über ihr Gesamteinkommen in der Zukunft rein gar nichts wissen. Stellen wir uns vor, die weit modernere Theorie eines noch nicht so lange verstorbenen Briten namens Keynes sei richtiger, wonach der Staat mit seiner Sparsamkeit unmittelbar die Gewinne der Unternehmen reduziert und auf diese Weise die Arbeitslosigkeit, die dem Finanzminister so teuer zu stehen kommt, selbst erzeugt. Dann wäre der Misserfolg des sparfreudigsten Finanzministers in der deut-

schen Geschichte leicht zu verstehen: Eichel spart, doch die privaten Haushalte und die Unternehmen sparen auch. Erstere sparen, weil man ihnen jeden Tag erklärt, dass der Staat Leistungen kürzt und sie den Gürtel enger schnallen müssen. Letztere sparen, weil das Eichel'sche Sparen ihnen unmittelbar die Geschäfte verdirbt. Ob die Bauunternehmer Arbeiter entlassen, weil die Gemeinden kein Geld für Investitionen haben, oder die Autobauer hohe Rabatte gewähren müssen, weil zu viele Kund(inn)en arbeitslos geworden sind, immer ist das Ergebnis in der ersten Runde das gleiche: Wenn die privaten Haushalte ihre Ersparnisse nicht verringern, sinken die Gewinne der Unternehmen exakt um jeden Euro, den Hans Eichel einspart.

Weil die Unternehmen sich aber dagegen wehren und ihrerseits Kosten senken, Arbeitskräfte entlassen oder Pleite gehen, holen die Defizite, die der Finanzminister verhindern wollte, ihn am Ende wieder ein. In letzter Instanz fallen die Schulden immer auf den Staat zurück. Irgendwann wird der Staat das begreifen und die Schulden akzeptieren. Die Frage ist nur, wie viele ruinierte Haushalte und Unternehmen es bis dahin gegeben hat.

Die Unternehmer und die Ökonomie

Das alles ist, wie mehrfach angedeutet, ohne das Versagen der Fachökonom(inn)en nicht zu verstehen. Noch gravierender aber ist, dass in Deutschland die Unternehmer und ihre Verbände sich in Sachen Wirtschaftspolitik dauernd selbst schaden. Was passierte wohl in Deutschland, wenn sich die Überzeugung durchsetzte, die vorzuziehende Steuerreform 2005 durch mehr staatliche Schulden zu finanzieren oder mehr öffentliche Investitionen in Gang zu setzen und dafür ebenfalls zusätzliche Kredite aufzunehmen? Bei allem Streit über ökonomische Wirkungszusammenhänge, es könnte doch kein Zweifel darin bestehen, dass die von der Steuersenkung begünstigten Verbraucher(innen) das höhere Nettoeinkommen weitgehend in den Verbrauch stecken würden und die öffentlichen Aufträge direkt in die Bücher der deutschen Bauunternehmen flössen. Was wäre die Folge? Der ausgedörrte Einzelhandel bekäme mehr Geld in die Kasse und in der Folge die gesamte Konsumgüterindustrie. Diese, wie auch die Bauindustrie, kaufte wieder mehr Maschinen und baute neue Produktionsstätten.

Da die Löhne nicht stärker als sonst stiegen und die Unternehmen die Beschäftigung nicht sofort erhöhten, bliebe fast die gesamte zusätzliche Kreditaufnahme des Staates als Gewinn in den Taschen der Unternehmen. Diese würden im nächsten Schritt natürlich mehr investieren und mehr Arbeitskräfte einstellen. Das ist der Sinn des Ganzen, kommt am Ende aber auch wiederum den Unternehmen zugute, weil nur Unternehmen Investitionsgüter herstellen und die zusätzlich Beschäftigten mehr Güter nachfragen, die nur von Unternehmen hergestellt werden.

Gegenbuchungen? Fehlanzeige. Die Zinsen würden nicht steigen, obwohl der Staat mehr Kapital am Markt nachfragt, weil die Unternehmen angesichts höherer Gewinne ihre Verschuldung herunterfahren können und diese Summe folglich nicht mehr nachfragen. Im Grunde wird bei staatlicher Kreditfinanzierung den Unternehmen nur Geld

kostenlos gegeben, was sie sonst am Kapitalmarkt teuer bezahlen müssten. Protestieren würden gegen eine solche Politik aber mit Sicherheit die Unternehmensverbände.

Dort hat sich seit Jahren die Ideologie festgesetzt, dass jede staatliche Politik von Übel sei. Das gilt nach dieser Doktrin auch für solche Politik, die unmittelbar den Unternehmen zu Gute kommt. Niemand würde von einer staatlichen Nachfragepolitik mehr profitieren als der Unternehmenssektor. Und kein Bereich würde von einer anhaltenden Flaute oder gar von einer Deflation mehr unter Druck gesetzt. Dennoch glauben fast alle Unternehmer viel lieber dem Rat des bekannten und auch als Politikberater beliebten Unternehmensberaters Roland Berger, der die deutsche Wirtschaft in Kürze ruinieren würde, folgten alle seinem Rat. Roland Berger spart nämlich. Er fahre jetzt sein Auto ein Jahr länger und kaufe weniger ein, sagte er der Süddeutschen Zeitung im Mai 2003, weil er den Menschen ein Vorbild sein wolle.

Na dann auf zum fröhlichen Sparen: Wir alle kaufen in diesem Jahr kein Auto mehr. Die deutsche Automobilindustrie wird sich freuen, wenn alle dem Vorbild von Berger folgen, weil wir dann endlich solide und zukunftsorientiert sind. Überhaupt, am besten wir kaufen Autos erst dann wieder, wenn es wirklich aufwärts geht, nachdem wir das Land gründlich reformiert und auf die großen Zukunftsaufgaben eingestellt haben. Leider wird es dann keine deutsche Automobilwirtschaft mehr geben. Das macht aber nichts, weil sich dem Ziel, den die Unternehmen erdrückenden Wohlfahrtsstaat zu zerschlagen, schließlich alles unterordnen muss.